

MINISTERIALBLÄTT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

32. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 20. Juli 1979

Nummer 59

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203204	18. 6. 1979	RdErl. d. Finanzministers Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	1280

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
12. 6. 1979	1288
18. 6. 1979	1288
18. 6. 1979	1288
Justizminister	1289
Hinweise	1289
Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	1289
Nr. 34 v. 9. 7. 1979	1289
Nr. 35 v. 11. 7. 1979	1289
Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	1290
Nr. 13 v. 1. 7. 1979	1290

203204

I.

Verwaltungsverordnung
zur Ausführung der Verordnung
über die Gewährung von Beihilfen
in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen

RdErl. d. Finanzministers v. 18. 6. 1979 -
 B 3100 - 0.7 - IV A 4

Mein RdErl. v. 9. 4. 1965 (SMBI. NW. 203204) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister wie folgt geändert:

I.

1. Nummer 4.3 Satz 2 und 3 erhält folgende Fassung:

Die in § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 Buchstaben a und b BVO aufgeführten Personen bleiben beihilfrechtlich außer Betracht, unabhängig davon, ob sie im Ortszuschlag berücksichtigt sind. Eine vorrangige Unterhaltpflicht einer anderen Person im Sinne von § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 Buchstabe a BVO liegt nicht vor, wenn die andere Person außerstande ist (bei mehreren unterhaltpflichtigen Personen, wenn sie zusammen außerstande sind), den überwiegenden Teil des Unterhalts zu leisten.

2. Nummer 5.1 erhält folgende Fassung:

5.1 Die Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Früherkennung von Krebserkrankungen und die Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Früherkennung von Krankheiten bei Kindern bis zur Vollendung des 4. Lebensjahres sind im Bundesarbeitsblatt 1977 S. 32 veröffentlicht.

3. Nummer 6.2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 und Satz 4 werden die Worte „§ 182 a Abs. 1 RVO“ jeweils ersetzt durch die Worte „§ 182 a RVO“.

b) Satz 5 erhält folgende Fassung:

Vorstehende Grundsätze gelten auch bei Pauschalerstattungen der Kasse, sofern diese eine Einzelabrechnung der Kosten (jeweiliger Abzug des Mengenrabatts und des Kostenanteils nach § 182 a RVO) ablehnt.

c) Hinter Satz 5 wird folgender Satz eingefügt:

Ist die Kasse zu einer Einzelabrechnung der Kosten bereit, entscheidet sich der Versicherte aber für eine Pauschalabrechnung, können zu den Medikamenten, zu denen die Kasse pauschale Leistungen erbringt, keine Beihilfen gezahlt werden.

4. Nummer 11 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 11.1 Satz 1 wird die Zahl „850“ durch die Zahl „1000“ ersetzt.

b) In Nummer 11.3 wird die Zahl „80“ durch die Zahl „100“ ersetzt; folgender Satz wird angefügt:

Mehraufwendungen für Coloromaticgläser sind nur bei Albinismus und totaler Aniridie (Fehlen der Regenbogenhaut) beihilfefähig.

c) In Nummer 11.4 Satz 2 wird die Zahl „60“ durch die Zahl „80“ und die Zahl „35“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

d) In Nummer 11.5 Satz 1 wird die Zahl „250“ jeweils durch die Zahl „350“ ersetzt.

5. In Nummer 12 Satz 4 wird das Wort „Landesbeamten gesetzes“ durch das Wort „Beamtenversorgungsgesetzes“ und das Klammerzitat „(z. B. nach § 134 oder § 173 Abs. 3 LBG)“ durch das Klammerzitat „(z. B. nach § 22 oder § 61 Abs. 3 BeamtVG)“ ersetzt.

6. In Nummer 14.2 wird das Wort „Heilbäderverzeichnis“ durch das Wort „Kurorteverzeichnis“ ersetzt.

7. Hinter Nummer 15 wird folgende Nummer 15 a eingefügt:

15 a Zu § 7 Abs. 3

Soweit Seeheilbäder zugleich als Kurort für Mineral- und Moorbadekuren bzw. für Kneippheilkuren anerkannt sind, gilt für die Durchführung solcher Kuren § 7 Abs. 3 Satz 2 BVO nicht.

8. Hinter Nummer 17.2 wird folgende Nummer 17.3 eingefügt:

17.3 In dem Gebührenverzeichnis (Anlage zur Gebührenordnung für Zahnärzte) sind Gebührenpositionen für die in der Kieferorthopädie angewandte Multibandbehandlung nicht enthalten. Bei der Prüfung der Angemessenheit der Kosten ist von folgenden Einfachsätzen auszugehen:

Eingliedern eines Bandes 30,- DM,
 Eingliedern eines Bogens 46,- DM,
 Entfernen eines Bandes 3,- DM.

9. Nummer 19 erhält folgende Fassung:

19 Zu § 9 Abs. 2 Nr. 2

Die Zahlung einer Zuwendung ist auch dann ausgeschlossen, wenn auf Grund einer freiwilligen Versicherung in einer gesetzlichen Krankenkasse oder einer Ersatzkasse ein Pauschbetrag gewährt wird.

10. Nummer 20.4 erhält folgende Fassung:

20.4 Aufwendungen, die im Kleinen Walsertal, in der Höhenklinik Valbella Davos, in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang und in der Klinik für Dermatologie und Allergie Davos entstehen, sind wie im Inland entstandene Aufwendungen zu behandeln. Die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen in der Höhenklinik Valbella Davos und in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang richtet sich nach § 6 BVO, in der Klinik für Dermatologie und Allergie Davos nach § 4 Nr. 2 BVO.

11. In Nummer 25.1 werden die Worte „an Kindes Statt“ durch die Worte „als Kind“ ersetzt.

12. In Nummer 25.2 werden die Worte „§ 130 Abs. 2 Nr. 1 LBG“ durch die Worte „§ 18 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG“ ersetzt.

II.

In Anlage 1 zur Verwaltungsverordnung wird der Antragsvordruck durch den diesem Erlaß beigefügten Vordruck ersetzt; die Anlage K zum Beihilfeantrag entfällt.

III.

Das Heilbäderverzeichnis - Anlage 3 - wird durch das diesem Erlaß beigefügte Verzeichnis ersetzt.

IV.

Abschnitt I Nr. 1 gilt ab 1. 8. 1979; Abschnitt 1 Nr. 4 Buchstaben a bis d ist auf die Kosten anzuwenden, die nach dem 31. 7. 1979 entstanden sind.

Antrag auf Gewährung einer Beihilfe

Anlage 1

An

Zutreffendes ankreuzen <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen				Pers. Nr. <input type="text"/>
Name, Vorname des Antragstellers		Geburtsdatum	Vorname des Ehegatten	Geburtsdatum
Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer, Telefon				
Dienststelle bzw. letzte Dienststelle		Amtsbezeichnung/Vergütungsgruppe		Seit wann im öffentlichen Dienst?
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend				seit

Ich beantrage eine Beihilfe zu den in der Anlage aufgeführten und durch Belege nachgewiesenen Aufwendungen.

1. Kinder (Bitte alle berücksichtigungsfähigen Kinder – § 2 Abs. 2 BVO – angeben) Name, Vorname		Kindschafts- verhältnis	Geburts- datum	Erhalten Sie oder Ihr Ehegatte für das Kind Kinder- geld?	Ist das Kind im Ortszuschlag be- rücksichtigt oder berücksichtigungs- fähig?) ¹⁾	Anspruchs- zeitraum?)	Hat eine andere Person für das Kind Anspruch auf Beihilfe?	Falls ja: Gehört das Kind zu Ihrem Haushalt?
1.				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2.				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
3.				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
5.				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei berücksichtigungsfähigen Enkelkindern: Sind andere Personen vorrangig zum Unterhalt verpflichtet: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein								
2. Sind oder waren Ehegatte oder berücksichtigungsfähige Kinder in den letzten 12 Monaten vor der Antragstellung berufstätig, Empfänger von beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen, von Arbeitslosengeld oder -hilfe oder von Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (Falls eine dieser Personen selbst beihilfeberechtigt ist oder war, bitte auch rechts ankreuzen.)								
Name dieser Person			Zeitraum der Berufstätigkeit bzw. der Zahlung der vorgenannten Bezüge		Name und Anschrift des Arbeitgebers bzw. Angabe der Art der vorgenannten Bezüge			
3. a) Antragsteller, Ehegatte und Kinder sind wie folgt gegen Krankheit versichert bzw. haben auf Grund von Rechtsvorschriften (z. B. Reichsversicherungsordnung, Angestelltenversicherungsgesetz, Reichsknappenschaftsgesetz, Unfallfürsorgebestimmungen, Bundesentschädigungsgesetz, Bundesversorgungsgesetz) Anspruch auf Heilfürsorge, Krankenhilfe oder Kostenersatzstellung zu den geltend gemachten Aufwendungen:								
Bezeichnung der Personen?)	Nicht versichert	Pflicht- versichert in einer RVO- oder Ersatz- kasse	Freiwillig versichert in einer RVO- oder Ersatz- kasse bei:	Privat versichert bei:	Zuschuß des Arbeitgebers zum Krankenversicherungsbeitrag nach § 405 RVO wurde gezahlt*) für die Zeit vom bis	In Höhe von DM mtl.	Höhe des KV-Be- trags mtl.	Bei Ansprüchen auf Grund sonstiger Rechtsvorschriften: Angabe der Rechtsvorschrift, der Art und der Höhe der Leistung bzw. der zustehenden Leistung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>						
E	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>						
K 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>						
K 2	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>						
K 3	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>						
K	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>						
b) Bei Studenten, die einer privaten Krankenversicherung angehören:								
Wird ein Zuschuß nach § 8 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Studenten gewährt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja für ²⁾ für die Zeit vom bis								

1) Hierzu brauchen Sie keine Angaben zu machen, wenn Sie oder Ihr Ehegatte für das Kind Kindergeld erhalten.

2) Bitte nur ausfüllen, wenn der Anspruch auf Kindergeld oder Berücksichtigung im Ortszuschlag nicht während der gesamten letzten 12 Monate bestand.

3) Antragsteller = A, Ehegatte = E, Kinder = K + Rfd. Nr., unter der das Kind bei Ziffer 1 eingetragen ist.

4) Die Angaben in Spalte 6 sind nur für die letzten 12 Monate vor der Antragstellung erforderlich; für Personen, für die ein Zuschuß nach § 405 RVO nicht gezahlt wurde, bitte „nein“ in Spalte 6 einsetzen.

In Spalten 7 und 8 sind der Beitragsszuschuß und der Krankenversicherungsbeitrag für den Antragsmonat anzugeben.

4.	Wurden Aufwendungen durch einen Unfall (dazu gehören auch Sport-, Spiel- und Schulunfälle) verursacht? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Unfallschilderung und Name und Anschrift des Ersatzpflichtigen oder Begründung, warum keine Ersatzpflicht besteht, auf besonderem Blatt.													
5. a)	Nur auszufüllen von Antragstellern, die für den Ehegatten eine Beihilfe beantragen:		1. Wird der Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes) Ihres Ehegatten im Ihd. Kalenderjahr möglicherweise 30000 DM übersteigen? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Bei voraussichtlichen Einkünften über 25000 DM ist die geschätzte Höhe der Einkünfte anzugeben: DM Mir ist bekannt, daß ich verpflichtet bin, die Beihilfe für meinen Ehegatten ohne besondere Aufforderung zurückzuzahlen, falls der Gesamtbetrag seiner Einkünfte im Ihd. Kalenderjahr 30000 DM übersteigt (dies gilt nicht hinsichtlich der Beihilfen zu Aufwendungen, für die der Ehegatte seitens der Krankenversicherung wegen Leistungsausschlüssen oder Leistungseinstellung keine Erstattung erhält).											
2. Steht ein Krankheitsfall, für den Aufwendungen geltend gemacht werden, in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Berufstätigkeit Ihres Ehegatten? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja														
b)	von Versorgungsempfängern, die außerhalb des öffentlichen Dienstes tätig sind oder waren:		Steht ein Krankheitsfall, für den Aufwendungen geltend gemacht werden, in einem ursächlichen Zusammenhang mit ihrer jetzigen oder früheren Berufstätigkeit? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja											
c)	von Versorgungsempfängern		Haben Sie oder eine berücksichtigungsfähige Person Anspruch auf beitragsfreie Krankenfürsorge? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja für Erhalten Sie oder eine berücksichtigungsfähige Person einen Zuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag vom Rentenversicherungsträger? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja für in Höhe von DM Nur bei Zuschüssen unter 100 DM Der Krankenversicherungsbeitrag für die Person des Zuschußempfängers beträgt: DM											
d)	wenn Aufwendungen für Krankheiten geltend gemacht werden, die von Versicherungsleistungen ausgeschlossen oder für die Versicherungsleistungen auf Dauer eingestellt sind (die Nachweise sind beigefügt):		Um welche der geltend gemachten Aufwendungen handelt es sich? <table border="1"> <tr> <td>Beleg-Nr</td> <td>Betrag DM</td> <td>Beleg-Nr</td> <td>Betrag DM</td> </tr> <tr> <td></td> <td>DM</td> <td></td> <td>DM</td> </tr> </table>				Beleg-Nr	Betrag DM	Beleg-Nr	Betrag DM		DM		DM
Beleg-Nr	Betrag DM	Beleg-Nr	Betrag DM											
	DM		DM											
e)	In Geburtsfällen und bei Adoption von Kindern vor Vollendung des 2. Lebensjahres		Ich beantrage einen Zuschuß für die Säuglings- u. Kleinkinderausstattung <input type="checkbox"/> ja Nur bei Adoption: Ein Zuschuß zur Säuglings- und Kleinkinderausstattung des Kindes ist aus Anlaß der Geburt bereits gewährt worden <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein											
f)	in Geburtsfällen, falls die monatlichen Bruttobezüge des Antragstellers ausschließlich der mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zuschläge und der Aufwandsentschädigungen die Krankenversicherungsgrenze nicht übersteigen:		1. Ich beantrage eine Zuwendung nach § 9 Abs. 2 BVO <input type="checkbox"/> ja Eine entsprechende Zuwendung (Pauschbetrag) steht mir nach anderen Vorschriften (z. B. RVO) in Höhe von DM zu. 2. Meine monatlichen Bruttobezüge ausschließlich der mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zuschläge und der Aufwandsentschädigungen betragen DM											
g)	in Todesfällen		<input type="checkbox"/> Ich beantrage eine Beihilfe nach § 11 Abs. 1 BVO in Höhe von <input type="checkbox"/> 1200 DM <input type="checkbox"/> 800 DM Name des Verstorbenen Todestag Die Friedhofsgebühren wurden nach dem Tarif für Kinderbestattungen berechnet: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Ich versichere, daß meine Aufwendungen für Leichenschau, Sarg, Einsargung, Aufbahrung, Einäscherung, Urne, Erwerb und Anlegung der Grabstelle oder des Beseitigungsplatzes der Urne einschl. der Grundlage für das Grabdenkmal und die Beseitigung nicht geringer sind als die beantragte Beihilfe.											
h)	Ich beantrage die Erhöhung des Bemessungssatzes auf 60 v. H. nach § 12 Abs. 2 BVO (möglich bei stationärer Krankenhausbehandlung – einschließlich Sanatoriumsbehandlung –, stationärer Entbindung, dauernder Anstaltsunterbringung und bei allen zahnärztlichen Leistungen) für die nachstehend aufgeführten Aufwendungen. Alle von Krankenversicherungen zu diesen Aufwendungen erbrachten bzw. zustehenden Leistungen (einschl. Zusatz- und Krankenhaustagegeldversicherungen) sind angegeben und die entsprechenden Belege beigefügt.													
	Beleg-Nr.	Betrag DM	Leistungen bzw. zustehende Leistungen der Krankenversicherung DM	Beleg-Nr.	Betrag DM	Leistungen bzw. zustehende Leistungen der Krankenversicherung DM								
		DM	DM		DM	DM								
		DM	DM		DM	DM								
7.	Auf die hiermit beantragte Beihilfe habe ich durch die (Kasse)		am	einen Abschlag in Höhe von DM erhalten										
8.	Ich bitte, die Beihilfe <input type="checkbox"/> bar zu zahlen zu überweisen auf das Konto Nr. bei (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) Bankleitzahl Falls Postscheckamt: Dort angegebener Wohnort													

Ich versichere nach bestem Wissen die Vollständigkeit und Richtigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, daß ich nachträgliche Preisermäßigungen oder Preisschlüsse auf die Kosten sofort der Festsetzungsstelle anzugeben habe.

Mit diesem Beihilfeantrag sind keine Aufwendungen für ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen, Beratungen und Verrichtungen sowie Begutachtungen geltend gemacht worden, die von Ehegatten, Kindern, Enkelkindern, Eltern, Großeltern, Geschwistern, Verschwiegerten ersten Grades sowie Schwager oder Schwägerin durchgeführt worden sind.

Für die geltend gemachten Aufwendungen wurde eine Beihilfe bisher nicht beantragt.

Ort, Datum

Unterschrift

5) Bitte folgende Abkürzungen eintragen:

Antragsteller = A, Ehegatte = E, Kinder = K + Ihd. Nr., unter der das Kind bei Ziffer 1 eingetragen ist (K 1, K 2, K 3 usw.)

Anlage 3

Kurorteverzeichnis

Abkürzungen:

BW = Baden-Württemberg
 By = Bayern
 He = Hessen
 Nd = Niedersachsen

NW = Nordrhein-Westfalen
 RP = Rheinland-Pfalz
 SAL = Saarland
 SH = Schleswig-Holstein

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
I. Mineral- und Moorbadekuren			
Aachen		NW	174
Abbach	Kelheim	By	356
Adelholzen	Traunstein	By	657
Aibling einschl. der Stadtteile			
Harthausen, Thurham und Zell	Rosenheim	By	500
Alexandersbad	Wunsiedel	By	590
Antogast	Ortenaukreis	BW	484-925
Arolsen	Waldeck-Frankenberg	He	286
Aspach-Rietenau	Rems-Murr	BW	396
Baden-Baden		BW	153-700
Badenweiler	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	450
Bayersoien	Garmisch-Partenkirchen	By	812 (Moorkurbetrieb)
Bellingen	Lörrach	BW	250
Bentheim	Grafschaft Bentheim	Nd	50
Bertrich	Cocheim-Zell	RP	165
Bevensen	Uelzen	Nd	15
Bocklet	Bad Kissingen	By	210
Bodendorf	Ahrweiler	RP	75-100
Boll	Göppingen	BW	400
Bonn-Bad Godesberg		NW	65
Bramstedt	Segeberg	SH	14
Brandenburg	Alb-Donau	BW	-
Breisig	Ahrweiler	RP	61
Brücknau	Bad Kissingen	By	311
Buchau	Biberach	BW	587
Daun	Daun	RP	450-700
Ditzenbach	Göppingen	BW	509
Driburg	Höxter	NW	220-440
Dürkheim	Bad Dürkheim	RP	130-250
Dürrheim, Gemeindeteil Dürrheim	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	700-800
Eberbach	Rhein-Neckar	BW	131-450
Eilsen	Schaumburg	Nd	86
Ems	Rhein-Lahn	RP	85
Endorf	Rosenheim	By	525-600 (Heilquellen- u. Moorbetrieb)
Essen einschl. Ortsteil Hüsede	Osnabrück	Nd	170
Feilnbach-Wiechs	Rosenheim	By	520
Friedrichshall	Heilbronn	BW	158
Füssen-Bad Faulenbach	Ostallgäu	By	804
Füssing einschl. Gemeindeteile			
Eggelting und Würding	Passau	By	324
Gaggenau-Rotenfels	Rastatt	BW	143
Gandersheim	Northeim	Nd	175
Göggging	Kelheim	By	350
Griesbach	Ortenaukreis	BW	500-1 000
Grund	Osterrode/Harz	Nd	350-580
Harzburg	Goslar	Nd	300-800
Heilbrunn einschl. Gemeindeteile			
Hub, Oberbuchen und Ramsau	Bad Tölz-Wolfratshausen	By	690
Hermannsborn	Höxter	NW	265 (Heilquellenkurbetrieb)
Herrenalb	Calw	BW	400-700
Hersfeld	Hersfeld-Rotenburg	He	230
Hönningen	Neuwied	RP	65-100
Holzhausen	Minden-Lübbecke	NW	80 (Heilquellenkurbetrieb)
Homburg v. d. Höhe	Hochtaunuskreis	He	200
Honnef	Rhein-Sieg-Kreis	NW	54-450
Hopfenberg	Minden-Lübbecke	NW	52 (Heilquellenkurbetrieb)
Iburg	Osnabrück	Nd	140-330
Imnau	Zollern-Albkreis	BW	400
Ingelfingen	Hohenlohekreis	BW	207
Karlsdorf	Kassel	He	150-200
Kellberg	Passau	By	483 (Einzel-Kurbetrieb)

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Kissingen	Bad Kissingen	By	201
König	Odenwaldkreis	He	180–220
Königshofen im Grabfeld	Rhön-Grabfeld	By	277
Kohlgrub	Garmisch-Partenkirchen	By	904
Kreuznach	Bad Kreuznach	RP	104
Krozingen	Breisgau/Hochschwarzwald	BW	233
Krumbad	Günzburg	By	550
Laer	Osnabrück	Nd	150
Lahnstein	Rhein-Lahn-Kreis	RP	280 (Heilquellenkurbetrieb)
Liebenzell	Calw	BW	330–435
Lippspringe	Paderborn	NW	140
Ludwigsburg-Hoheneck	Ludwigsburg	BW	293
Lüneburg	Lüneburg	Nd	15
Meinberg	Lippe	NW	210
Melle	Osnabrück	Nd	50
Mergentheim	Main-Tauber-Kreis	BW	210
Mingolsheim-Langenbrücken	Karlsruhe	BW	119
Münster/Deister	Hameln/Pyrmont	Nd	132–437
Münster am Stein	Bad Kreuznach	RP	117
Murnau	Garmisch-Partenkirchen	By	710 (Einzel-Kurbetrieb Ludwigsbad)
Nauheim	Wetteraukreis	He	144
Nenndorf	Schaumburg	Nd	70
Neuenahr	Ahrweiler	RP	92
Neustadt/Saale	Rhön-Grabfeld	By	240
Nidda-Bad Salzhausen	Wetteraukreis	He	150
Oeynhausen	Minden-Lübbecke	NW	71
Orb	Main-Kinzig-Kreis	He	170
St. Peter-Ording	Nordfriesland	SH	0
Peterstal	Ortenaukreis	BW	400–1000
Pyrmont	Hameln/Pyrmont	Nd	112
Randringhausen	Herford	NW	100 (Kurmittelgebiet)
Rappenaу	Heilbronn	BW	237–260
Reichenhall einschl. der Gemeinden			
Bayerisch Gmain und Karlstein			
sowie des Ortsteiles Kibling			
der Gemeinde Schneizlreuth	Berchtesgadener Land	By	470–1614
Rippoldsau	Freudenstadt	BW	550–1000
Rothenfelde	Osnabrück	Nd	112
Rothenuffeln	Minden-Lübbecke	NW	50–250 (Kurmittelgebiet)
Rottenburg-Niedernau	Tübingen	BW	361
Säckingen	Waldshut	BW	300–1000
Salzdetfurth	Hildesheim	Nd	80–160
Salzgitter	–	Nd	150
Salzig	Rhein-Hunsrück	RP	112
Salzschlirf	Fulda	He	240
Salzuflen	Lippe	NW	75
Sassendorf	Soest	NW	100
Schlängenbad	Rheingau-Taunus-Kreis	He	300
Schönborn-Gemeindeteil			
Bad Mingolsheim	Karlsruhe	BW	119
Schussenried	Biberach	BW	580
Schwäbisch Hall	Schwäbisch Hall	BW	272
Schwalbach	Rheingau-Taunus-Kreis	He	330
Schwartau	Ostholstein	SH	16
Sebastiansweiler	Tübingen	BW	471
Seebrech	Herford	NW	80 (Kurmittelgebiet)
Segeberg	Segeberg	SH	96
Senkelteich	Herford	NW	80 (Kurmittelgebiet)
Soden am Taunus	Main-Taunus-Kreis	He	140
Soden-Salmünster	Main-Kinzig-Kreis	He	157
Soden-Allendorf	Werra-Meißner-Kreis	He	150–250
Steben	Hof	By	600
Stuttgart-Berg	–	BW	230
Stuttgart-Bad Cannstatt	–	BW	220
Teinach	Calw	BW	400–500
Tölz	Bad Tölz-Wolfratshausen	By	670
Tönisstein	Mayen-Koblenz	RP	140
Überkingen	Göppingen	BW	455
Urach, Stadtteil Urach	Reutlingen	BW	464
Vilbel	Wetteraukreis	He	108
Waldliesborn	Soest	NW	76
Waldsee	Ravensburg	BW	600
Weiler/Allgäu	Lindau/Bodensee	By	630–1000
Westernkotten	Soest	NW	88

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Wiesbaden	–	He	80–120
Wiessee	Miesbach	By	735
Wildbad	Calw	BW	430–950
Wildstein	Bernkastel-Wittlich	RP	175
Wildungen	Waldeck-Frankenberg	He	330
Wilhelmshaven	–	Nd	0
Wimpfen	Heilbronn	BW	190–230
Windsheim	Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	By	313
Wurzach	Ravensburg	BW	650–700
Zwischenahn	Ammerland	Nd	5

II. Seeheilkuren**1. Nordsee**

Baltrum	Aurich	Nd	0
Borkum	Leer	Nd	0
Büsum	Dithmarschen	SH	0
Cuxhaven mit Duhnen und Döse	Cuxhaven	Nd	0
Helgoland	Pinneberg	SH	0
Juist	Aurich	Nd	0
Langeoog	Friesland	Nd	0
Norddorf/Amrum	Nordfriesland	SH	0
Norderney	Aurich	Nd	0
St. Peter-Ording	Nordfriesland	SH	0
Spiekeroog	Friesland	Nd	0
Wangerooge	Friesland	Nd	0
Wenningstedt/Sylt	Nordfriesland	SH	0
Westerland/Sylt	Nordfriesland	SH	0
Wittdün/Amrum	Nordfriesland	SH	0
Wyk auf Föhr	Nordfriesland	SH	0

2. Ostsee

Burg auf Fehmarn	Ostholstein	SH	0
Dahme	Ostholstein	SH	0
Damp	Eckernförde	SH	0
Glücksburg	Flensburg-Land	SH	0
Grömitz	Ostholstein	SH	0
Haffkrug-Scharbeutz	Ostholstein	SH	0
Heiligenhafen	Ostholstein	SH	0
Kellenhusen	Ostholstein	SH	0
Niendorf	Ostholstein	SH	0
Timmendorfer Strand	Ostholstein	SH	0
Travemünde	–	SH	0

III. Klimaheilkuren

Altenau	Goslar	Nd	450–810
Bayrischzell	Miesbach	By	800–1800
Berchtesgaden einschl. der Gemeinden Bischofswiesen, Marktschellenberg, Ramsau b. Berchtesgaden und Schönau a. Königssee	Berchtesgadener Land	By	530–700
Bergzabern	Landau/Bergzabern	RP	200–300
Braunlage einschl. Ortsteil Hohegeiß	Goslar	Nd	500–850
Bühlerhöhe	Rastatt	BW	800
Clausthal-Zellerfeld	Goslar	Nd	600–800
Daun	Daun	RP	450–700
Dürrheim, Ortsteil Dürrheim	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	700–800
Freudenstadt	Freudenstadt	BW	740–1000
Garmisch-Partenkirchen	Garmisch-Partenkirchen	By	708
Goslar, Ortsteil			
Hahnenklee-Bockswiese	Goslar	Nd	600
Harzburg	Goslar	Nd	300–800
Herrenalb	Calw	BW	400–700
Hindelang einschl. Ortsteil Unterjoch	Oberallgäu	By	850–1150
Hinterzarten	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	900–1200
Höchenschwand	Waldshut	BW	1015
Holzminden, Ortsteil Neuhaus/Solling	Holzminden	Nd	380
Isny	Ravensburg	BW	720–1120

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Königsfeld, Gemeindeteile Königsfeld, Bregnitz und Grenier	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	760–800
Königstein im Taunus	Hochtaunuskreis	He	454
Kreuth	Miesbach	By	780
Lenzkirch	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	810–1100
Lindenfels	Bergstraße	He	364
Lippspringe	Paderborn	NW	140
Manderscheid	Bernkastel-Wittlich	RP	400–500
Neutrauchburg	Ravensburg	BW	710
Nonnweiler	St. Wendel	SAL	380–450
Oberstaufen – ausgenommen die Gemeindeteile Aach i. Allgäu, Häuse, Hagspiel, Hütten, Krebs, Nägeleshalde	Oberallgäu	By	792
Oberstdorf	Oberallgäu	By	843
Rengsdorf	Neuwied	RP	300
Rottach-Egern	Miesbach	By	735
Sachsa	Osterode/Harz	Nd	360–660
St. Andreasberg	Goslar	Nd	600–730
St. Blasien	Waldshut	BW	800–1200
Schluchsee	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	930–1300
Schömberg	Calw	BW	650
Schönwald	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	950–1150
Tegernsee	Miesbach	By	735
Todtmoos	Waldshut	BW	850–1200
Tölz	Bad Tölz	By	670
Triberg	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	700–1000
Weiskirchen	Merzig-Wadern	SAL	350–450
Willingen (Upland)	Waldeck-Frankenberg	He	560–843
Winterberg	Hochsauerlandkreis	NW	700–842

IV. Kneippheilkuren

Aulendorf	Ravensburg	BW	600–670
Bederkesa	Cuxhaven	Nd	3–33
Bergzabern	Landau-Bergzabern	RP	200–300
Berleburg	Siegen	NW	450–600
Berneck	Bayreuth	By	400–600
Bevensen	Uelzen	Nd	15
Biberach-Jordanbad	Biberach	BW	540
Boppard	Rhein-Hunsrück	RP	60–531
Borkum	Leer	Nd	0
Camberg	Limburg-Weilburg	He	201
Daun	Daun	RP	450–700
Diez	Rhein-Lahn	RP	190
Endbach	Marburg-Biedenkopf	He	300
Fallingbostel	Soltau-Fallingbostel	Nd	42–70
Fredeburg	Hochsauerlandkreis	NW	400–818
Freiburg-St. Urban	–	BW	288–274
Friedenweiler	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	910
Füssen	Ostallgäu	By	804
Gandersheim	Northeim	Nd	175
Gemünd	Euskirchen	NW	350
Gersfeld	Fulda	He	500
Gladenbach	Marburg-Biedenkopf	He	262
Gras-Ellenbach	Bergstraße	He	395
Grönenbach	Unterallgäu	By	680
Hennef	Rhein-Sieg-Kreis	NW	70–230
Hiddesen	Lippe	NW	100–300
Hindelang einschl. der Gemeindeteile	Oberallgäu	By	792
Oberjoch, Unterjoch und Hinterstein	Ostallgäu	By	804
Hopfen am See einschl. Gemeindeteile Fischerbichl, Eschach, Erkenbollingen, Häusern und Heidelsbuch	Osnabrück	Nd	140–330
Iburg	Ravensburg	He	250–600
Kassel-Wilhelmshöhe	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	760–800
Kißlegg	Bitburg-Prüm	RP	300–360
Königsfeld, Gemeindeteile Königsfeld, Bregnitz und Grenier	Siegen	NW	333–698
Kyllburg	Osterode/Harz	Nd	280–420
Laasphe	Lüneburg	Nd	15
Lauterberg			
Lüneburg			

Ortsname	Kreis	Land	Höhenlage (m)
Malente-Gremsmühlen	Ostholstein	SH	36
Marienberg	Westerwaldkreis	RP	500
Melle	Osnabrück	Nd	50
Mölln	Herzogtum Lauenburg	SH	19
Münstereifel	Euskirchen	NW	300-500
Neukirchen	Schwalm-Eder-Kreis	He	252-500
Oberstdorf	Oberallgäu	By	843-2000
Olsberg	Hochsauerlandkreis	NW	343
Ottobeuren	Unterallgäu	By	664
Oy	Oberallgäu	By	960
Peterstal	Ortenaukreis	BW	400-1000
Prien/Chiemsee	Rosenheim	By	532
Radolfzell-Mettnau	Konstanz	BW	400
St. Blasien	Waldshut	BW	800-1200
Scheidegg einschl.	Lindau	By	800-1000
Gemeindeteil Scheffau	Lippe	NW	245
Schieder	Freudenstadt	BW	450-600
Schönmünzach-Schwarzenberg	Kreuznach	RP	152
Sobernheim	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	850-1200
Titisee-Neustadt	Bodenseekreis	BW	408
Überlingen a. B.	Koblenz	RP	68
Vallendar	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	704
Villingen	Emmendingen	BW	263
Waldkirch	Ravensburg	BW	600
Waldsee	Goslar	Nd	420-620
Wildemann	Waldeck-Frankenberg	He	560-843
Willingen (Upland)	Unterallgäu	By	630
Wörishofen	Paderborn	NW	350
Wünnenberg	Werra-Meißner-Kreis	He	212
Ziegenhagen			

- MBl. NW. 1979 S. 1280.

Innenminister**Veröffentlichungen zur Statistik
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Bek. d. Innenministers v. 12. 6. 1979 –
II C 4/12 – 11.17

Beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS) Düsseldorf, sind erschienen:

Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen

Heft 397: Das Bildungswesen in Nordrhein-Westfalen 1977,
Teil 1: Allgemeinbildende Schulen (350 S., 19,00 DM)

Heft 399: Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 1977
Teil 1: Bevölkerungsstand, Bevölkerungsbewegung (92 S., 6,20 DM)

Heft 404: Steuern vom Einkommen in Nordrhein-Westfalen 1974 (142 S., 10,00 DM)

Heft 405: Das Bildungswesen in Nordrhein-Westfalen 1976,
Teil 3: Hochschulen im Wintersemester 1976/77 (270 S., 14,50 DM)

Heft 406: Agrarberichterstattung 1977,
Heft 2: Kreisergebnisse Bodennutzung, Viehhaltung und Rechtsreform (312 S., 16,90 DM)

Heft 407: Das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen 1977 (260 S., 14,50 DM)

Heft 409: Regionalisierte Schülerprognosen 1979 (144 S., 7,50 DM)

Statistische Berichte

Die Wohnbevölkerung der Gemeinden Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1978 (32 S., 2,00 DM)

Die Strafverfolgung in Nordrhein-Westfalen 1977 (390 S., 20,00 DM)

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen

– Ergebnisse für Gemeinden, September 1977 (98 S., 6,00 DM)

– Ergebnisse für Gemeinden, September 1978 (96 S., 6,00 DM)

Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen am 30. Juni 1978 (66 S., 5,40 DM)

Die erteilten Baugenehmigungen in Nordrhein-Westfalen 1978 (142 S., 7,50 DM)

Der Wohnungsbestand in den Gemeinden Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1978 (14 S., 1,70 DM)

Der Bauüberhang in Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1978 (30 S., 2,20 DM)

Gemeindefinanzen in Nordrhein-Westfalen 1. Oktober bis 31. Dezember 1978, Vierteljahresstatistik (66 S., 5,20 DM)

Verzeichnisse

Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS), Verzeichnis 1979 (98 S., o. B.)

Sonderveröffentlichungen

LDS-Jahresbericht: Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1978 (40 S., o. B.)

Statistische Rundschau für die Kreise Nordrhein-Westfalen: Ennepe-Ruhr-Kreis (104 S., 4,00 DM)

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter

Heft 10: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1976 (110 S., 8,00 DM)

Reihe Europawahl 1979*

Heft 1: Ergebnisse früherer Wahlen	(52 S., 3,70 DM)
Heft 2: Vorläufige Ergebnisse	(ca. 2,00 DM)
Heft 3: Endgültige Ergebnisse	(ca. 2,50 DM)
Heft 4: Ergebnisse nach Gemeinden	(ca. 6,00 DM)
Heft 5: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht	(ca. 2,50 DM)

Alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten. Die Veröffentlichungen sind zum dienstlichen Gebrauch geeignet; sie können direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS), Postfach 1105, 4000 Düsseldorf 1 (Tel. 0211/4497 495), oder über den Buchhandel bezogen werden.

* Vorbestellung der gesamten Reihe wird empfohlen. Heft 2 erscheint unmittelbar nach der Wahl. Die Hefte 3-5 werden jeweils unmittelbar nach Fertigstellung ausgeliefert.

– MBl. NW. 1979 S. 1288.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales**Ungültigkeitserklärung
eines Dienstausweises**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 18. 6. 1979 – I A 1 – BD – 1237

Der Dienstausweis Nr. 574 des Herrn Justizamtmannes Winfried Küsters, geboren am 20. 6. 1949 in Viersen-Dülken, wohnhaft in Viersen-Dülken, Bodelschwinghstraße 45, ausgestellt vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Horionplatz 1, zuzuleiten.

– MBl. NW. 1979 S. 1288.

Personalveränderungen**Innenminister****Nachgeordnete Behörden und Einrichtungen**

Es sind ernannt worden:

Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde – Schwelm –
Polizeioberrat N. Linnemann zum Schutzpolizeidirektor

Polizeipräsident – Essen –

Polizeirat U. Blanck zum Polizeioberrat

Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde – Neuss –

Polizeirat W. Rohr zum Polizeioberrat

Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen – Abteilung I –, Selm

Polizeirat K. Wiese zum Polizeioberrat

– MBl. NW. 1979 S. 1288.

Justizminister**Stellenausschreibung
für das Verwaltungsgericht Köln**

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um

1 Regierungssekretär-Stelle
bei dem Verwaltungsgericht Köln.Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen
auf dem Dienstwege einzureichen.

– MBl. NW. 1979 S. 1289.

Hinweise**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 34 v. 9. 7. 1979**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,30 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
20320	15. 6. 1979	Zweite Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung – BVO –	464
20320	15. 6. 1979	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Tuberkulosehilfe für den öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen – TbcVO –	465
2121	13. 6. 1979	Verordnung über die Zuständigkeit nach der Verordnung über den Nachweis der Sachkenntnis im Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln	465
223	30. 5. 1979	Verordnung über den Bildungsgang in der Grundschule (Ausbildungsordnung gemäß § 26 b SchVG – AO-GS)	465
28	13. 6. 1979	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions- und technischen Gefahrenschutzes	468
	6. 6. 1979	Urkunde über die Verlängerung des Eisenbahnunternehmungsrechts für die Industriebahn in der Stadt Zülpich	470

– MBl. NW. 1979 S. 1289.

Nr. 35 v. 11. 7. 1979

(Einzelpreis dieser Nummer 1,30 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
10	19. 6. 1979	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz	472
20320	19. 6. 1979	Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen	472
600	19. 6. 1979	Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörde nach § 32 Abs. 4 Satz 3 des Einkommensteuergesetzes	473
764	18. 6. 1979	Verordnung zur Neuordnung der Sparkassen im Kreis Viersen	473
820	19. 6. 1979	Verordnung über die zuständigen Stellen nach Artikel I § 15 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches (Erstes Buch)	474
	12. 6. 1979	Bekanntmachung in Enteignungssachen; Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung nach § 42 Abs. 2 des Landesstraßengesetzes – LStrG – vom 28. November 1961 (GV. NW. S. 305)	474
		Berichtigung der Verordnung über die Zuständigkeit von Amtsgerichten bei der aufgrund des § 58 Abs. 2 des Münster/Hamm-Gesetzes zum 1. Juli 1979 eintretenden Änderung der Amtsgerichtsbezirke Hamm und Werne a. d. Lippe vom 30. April 1979 (GV. NW. S. 440)	474

– MBl. NW. 1979 S. 1289.

Hinweis**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 13 v. 1. 7. 1979**

(Einzelpreis dieser Nummer 2,— DM zuzüglich Portokosten)

	Seite
Bekanntmachungen	145
Personalnachrichten	146
Ausschreibungen	147
Gesetzgebungübersicht	148
Rechtsprechung	
Zivilrecht	
ZPO §§ 91, 100. — Das Rechtsmittelgericht kann eine Kostenentscheidung der Vorinstanz nicht mehr abändern, soweit sie Streitgenossen betrifft, die rechtkräftig aus dem Rechtsstreit ausgeschieden sind.	149
OLG Köln vom 21. Februar 1979 — 16 U 101/77	149
Strafrecht	
1. StPO § 261; OWIG § 77. — Zu den Anforderungen an die Überzeugungsbildung des Trafichters in Bußgeldverfahren, wenn das Gericht die Verurteilung wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit (hier: zu schnelles Fahren) auf die Bekundungen des anzeigenden Polizeibeamten gründet und dieser als Zeuge in der Hauptverhandlung erklärt hat, er könne sich an den konkreten Vorfall nicht erinnern und nehme Bezug auf die Anzeige.	150
OLG Hamm vom 16. Februar 1979 — 2 Ss OWI 311/79	150
2. StGB §§ 53 ff.; OWIG § 21. — Bei Tatmehrheit von Straftat und Ordnungswidrigkeit gibt es keine Gesamtgeldstrafe.	151
OLG Köln vom 7. November 1978 — 1 Ss 781/78	151
3. StPO § 458 I; StVollstrO § 39 IV. — Es entspricht dem Gesetz, daß bei einer Strafzeitberechnung nach § 39 IV StVollstrO auch der 29. Februar, der in einem Schaltjahr das Jahr um einen Tag verlängert, mitgezählt werden muß.	151
OLG Düsseldorf vom 22. Februar 1979 — V — 5/79	151
4. StPO §§ 14, 270. — Auch eine rechtsfehlerhafte Verweisung bindet. Die Bindungswirkung entfällt nur, wenn der Angeklagte willkürlich seinem gesetzlichen Richter entzogen wird. Eine willkürliche Maßnahme liegt nur vor, wenn die Entscheidung offensichtlich unhalbar ist, wenn es nämlich an jeder Grundlage für die Verweisung fehlt oder wenn sich das Gericht so weit vom Gesetz entfernt hat, daß die Entschei-	151
dung nicht mehr zu rechtfertigen ist.	152
OLG Düsseldorf vom 5. März 1979 — 1 Ws 141/79	152
5. OWIG §§ 33 I Nr. 9, II Satz 1, 66. — Ein Bußgeldbescheid, der zunächst „blanco“ unterzeichnet und in den sodann durch die Kanzlei der von dem Unterzeichner vorgesehene Bußgeldbetrag eingefügt wird, wird zeitlich erst wirksam mit der Prüfung des Unterzeichners, ob die Einfügung ordnungsgemäß erfolgt ist.	153
OLG Düsseldorf vom 3. April 1979 — 5 Ss (OWI) 148/79 I	153
Kostenrecht	
1. BRAGO § 84 I. — Für das Beschwerdeverfahren außerhalb der Hauptverhandlung erhält der Verteidiger keine besondere Gebühr nach § 84 I Nr. 1 BRAGO; die Vertretung im Beschwerdeverfahren wird durch die Rahmengebühr abgegolten, die der Rechtsanwalt in dem Verfahrensabschnitt erhält, in dem die Entscheidung ergangen ist.	153
OLG Hamm vom 3. Januar 1979 — 5 Ws 251/78	153
2. BRAGO § 99 I. — Eine über die Rahmenhöchstgebühr eines gewählten Verteidigers hinausgehende Pauschvergütung kommt nur bei solchen Strafsachen in Betracht, die nicht nur erheblich über das Durchschnittsmaß der insgesamt vor einem Spruchkörper gleicher Ordnung verhandelten Sachen hinausgehen, sondern den Rahmen höchst umfangreicher und schwieriger Strafverfahren derart sprengen, daß die Höchstgebühr eines Wahlverteidigers als Vergleichsmaßstab offensichtlich ausscheidet. Dies gilt regelmäßig nur für solche Verfahren, welche die Arbeitskraft des bestellten Verteidigers für Monate und Jahre hinaus überwiegend in Anspruch nehmen.	154
OLG Hamm vom 19. Januar 1979 — 1 (s) Sbd. 20 — 21/78	154
Öffentliches Recht	
1. VwGO § 122 II. — Die in § 122 II VwGO vorgeschriebene Begründung von Beschlüssen muß schriftlich erfolgen.	154
OVG Münster vom 20. Oktober 1978 — II B 1295/78	154
2. Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Personalausweise (AusführungsG NW) § 8 I; Gesetz über Personalausweise § 4. — Deutsche Staatsangehörige mit Hauptwohnsitz in (West-) Berlin, die verpflichtet sind, einen Berliner befehlsmäßigen Personalausweis zu führen, sind nicht befugt, unter Berufung auf einen Zweitwohnsitz im Bundesgebiet daneben einen Bundespersonalausweis zu führen.	154
OVG Münster vom 22. September 1978 — XV A 720/77	154

- MBl. NW. 1979 S. 1290.

Einzelpreis dieser Nummer DM 3,20

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 38 03 01 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 59,— DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 118,— DM (Kalenderjahr). Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 688 82 93/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,60 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Liefer Schwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100
Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf